MITTEILUNGSVORLAGE

GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN
LANDKREIS LÖRRACH

Nr.: 044-XVII./2024

Dezernat	III - Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik	03.09.2024
Fachbereich	Stellvertretende Dezernatsleitung	
Verfasser/-in	Jochum, Jakob	
Telefon	07621 410-3030	

Beratungsfolge	Status	Datum
Umweltausschuss und Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	öffentlich	02.10.2024

Tagesordnungspunkt

2. Teilhaushaltszwischenbericht 2024 - THH 4 Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	4	Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik

Klimawirkung ☐ positiv ☐ neutral ☐ negativ ☒ keine

Inhalt der Mitteilung

- Sachverhalt

Im Rahmen der Umstellung auf das NKHR (Neues kommunales Haushaltsrecht) sind die Kreisgremien (Kreistag, Ausschüsse) unterjährig über den Stand des Haushaltsvollzugs (Erreichung Finanz- und Leistungsziele) in den Teilhaushalten zu unterrichten. Der vorliegende Zwischenbericht des Teilhaushalts 4 – Mobilität, Umwelt & Strukturpolitik bezieht sich auf den Zeitraum bis 31.08.2024.

THH 4 – Bericht

Ergebnishaushalt	IST 2023 - in EUR -	PLAN Budget 2024 - in EUR -	Prognose IST 2024 - in EUR -	Abweichung PLAN/Prognose 2024 - in EUR -	Benennung der Abweichung mit einem Schlagwort, Bezifferung der Höhe
Ordenltiche Erträge	24.247.990	23.658.292	25.022.292	1.364.000	Mehrerträge aus Bereichen Geschwindigkeitsüberwachung (+145.000 EUR) und Kfz-Zulassung (+250.000 EUR) sowie aus Auflösung einer Rückstellung von 2021 (+969.000)
Ordentliche Aufwendungen	-37.762.017	-39.313.194	-40.068.194	-755.000	Mehraufwendungen v.a. durch Beteiligung am D-Ticket JugendBW (-600.000 EUR) und im Bereich Kreisstraßen (-360.000 EUR), Minderaufwendungen bei Kreisstraßenprojekten (+56.000 EUR) und beim Durchführungsvertrag RVL (+249.096)
Ordentliches Ergebnis	**-13.514.027**	**-15.654.902**	**-15.045.902**	**609.000**	

Stand 31.08.2024

FINANZSEITE

Finanzseitig weicht der Teilhaushalt 4 mit einer voraussichtlichen **Budgetunterschreitung von 609.000 EUR** positiv vom Plan ab. Grund dafür sind **überplanmäßige Erträge von 1.364.000 EUR und Minderaufwendungen in Höhe von 305.000 EUR**. Dem stehen **Mehraufwendungen in Höhe von 1.060.000 EUR** gegenüber. Im Mittelpunkt steht neben der Finanzierung des D-Tickets JugendBW sowie Mehrkosten bei Kreisstraßenprojekten die Auflösung einer nicht benötigten Rückstellung aus 2021, welche für einen ungeplanten Ertrag in Höhe von 969.000 EUR sorgt.

Der **Fachbereich Straßen** rechnet derzeit mit einer **Budgetüberschreitung in Höhe von 304.000 EUR.**

Im Bereich der **Kreisstraßen** ergeben sich Mehrkosten in Höhe von 230.000 EUR aus dem Projekt Deckensanierung OD Gupf / Sanierung Haselbachbrücke. Für die Details wird auf die Vorlage zum 1. Zwischenbericht THH4 verwiesen (Vorlage Nr. 118/2024).

Hinzu kommt die Schlussabrechnung der für 2023 geplanten Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung der K6354 Lörracher Straße in Höhe von 50.000 EUR (Kreistagsbeschluss vom 23.11.2022). Weitere überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 26.000 EUR gehen zurück auf notwendige sicherheitsrelevante Fortbildungen sowie benötigte Führerscheine (u. a. Fahren im Winterdienst).

Zudem müssen 54.000 EUR für nicht abgerufene Salzmengen aus dem Salzlieferungsvertrag 2022 bis Frühjahr 2024 nachgezahlt werden. Eine Kompensation der Kosten wird geprüft.

Durch Einsparungen anderer Projekte können 56.000 EUR der Mehrausgaben ausgeglichen werden.

Mit Blick auf die Investitionsprojekte befindet sich der Fachbereich Straßen im Plan.

Der **Fachbereich Umwelt** liegt finanzseitig im Plan.

Der **Fachbereich Verkehr & ÖPNV** weicht mit einem Gesamtbetrag von 913.000 EUR positiv vom Plan ab. Wesentlich ist hierbei die Auflösung einer nicht benötigten Rückstellung von 2021 im Bereich der Schülerbeförderung. Das sorgt für einen außerplanmäßigen Ertrag in Höhe von 969.000 EUR. Darüber hinaus fallen die einzelnen Entwicklungen in den Sachgebieten sehr unterschiedlich aus. Den überplanmäßigen Erträgen in den Bereichen Verkehrsbehörde und Führerscheinstelle stehen die überplanmäßigen Aufwendungen für die Finanzierung des D-Tickets JugendBW gegenüber.

Das **Sachgebiet Verkehr** weist aufgrund der erhöhten Bußgeldeinnahmen eine positive Abweichung im ordentlichen Bereich von ca. 145.000 EUR auf. Zudem zeigt sich in diesem Bereich ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 207.000 EUR auf, der auf die Rückabwicklung (Versicherungsleistungen) des Elektronikschadens an einem Blitzer zurückzuführen ist (durch Vandalismus beschädigte Kameras, außerplanmäßige Ersatzbeschaffung in 2023).

Im Bereich **Schülerbeförderung** sind, über die verspätete Auflösung der Rückstellung von 2021 (vgl. oben) hinaus, aktuell keine Abweichungen zum Budget erkennbar. Die regelmäßige Preiserhöhung zum neuen Schuljahr ist eingeplant; ob die Kalkulation bestätigt wird, bleibt abzuwarten.

Weiterhin bestätigt sich die im Bereich **Führerscheinstelle** prognostizierte Steigerung der Fallzahlen und der entsprechenden Gebühreneinnahmen.

Der Aufwärtstrend in den **Kfz-Zulassungsstellen** setzt sich wider Erwarten fort. Sowohl die Zulassungsvorgänge vor Ort, als auch die internetbasierten Vorgänge steigen kontinuierlich an. Sollte es nicht zu Rückgängen bei den Vorort-Zulassungen kommen, ist mit einer Ertragssteigerung von ca. 250.000 EUR zu rechnen.

Im **ÖPNV** kommt es zu deutlichen Mehraufwendungen im Bereich des D-Tickets JugendBW, das – aus Vertriebssicht: erfreulicherweise – sehr gut angenommen wird. Der vom Kreistag am 05.06.2024 genehmigte Preisauffüllungsvertrag (Vorlage Nr. 056/2024) wird hierdurch allerdings nochmals deutlich teurer, sodass der Landkreisanteil (30 %) insgesamt ca. 600.000 EUR über dem ursprünglichen Planansatz liegt. Diese Kosten können in diesem Jahr einmalig durch ungeplante Minderaufwendungen in Höhe von 249.000 EUR auf Grund des neuen Durchführungsvertrags mit dem RVL teilweise gegenfinanziert werden.

Über die ungeplante, aber erforderlich gewordene Neuvergabe der Linie 9003 für den Zeitraum 01.08. bis 14.12.2024 wurde im Umweltausschuss am 03.07.2024 mündlich berichtet. Hieraus ergeben sich im Saldo ungeplante Mehraufwendungen in Höhe von ca. 40.000 EUR.

Zudem haben die beiden schwierig verlaufenen Vergabeverfahren (Linienbündel Wiesental,

Regiobus EuroAirport) mehr externe Begleitungsleistungen erforderlich gemacht. Das hat zu einem Mehraufwand von ca. 60.000 EUR geführt.

Für die **Stabsstelle Strukturpolitik & nachhaltige Mobilität** wird nicht mit Budgetabweichungen gerechnet.

Auch mit Blick auf die **Stabsstelle Klimaschutz** wird nicht mit Abweichungen gerechnet. Zwischenzeitlich liegt der zum 1. Zwischenbericht noch ausstehende Zuwendungsbescheid für die Stelle "Klimaschutzkoordination" vor. Dasselbe gilt für die Fördermittel in Höhe von 60.000 Euro welche inzwischen für 2024 zur Verfügung stehen.

LEISTUNGSSEITE

Leistungsseitig liegt der **THH 4 weitestgehend im Plan**. Die bestehenden Abweichungen ergeben sich als Folge der Personalsituation sowie der Transformationsprozesse.

Der **Fachbereich Straßen** setzt derzeit die für 2024 beschlossenen Maßnahmen im Rahmen des Kreisstraßenprogramms 2021-2025 an der K6345 OD Gupf und die Sanierung der Brücke über dem Haselbach an der K6354 um. Die Sanierung der Angenbachbrücke an der K6302 bei Häg-Ehrsberg befindet sich in der Planungsphase.

Die Planung des Einbaus einer Deckschicht mit Entwässerung zwischen zwei Brücken am Radweg Todtnauerli wurde in die Folgejahre geschoben. Eine entsprechende Fördermöglichkeit über das LGVFG wird noch geprüft.

Der **Fachbereich Verkehr & ÖPNV** kämpft weiterhin in allen vier Sachgebieten mit personellen Engpässen aufgrund von Personalwechseln und Langzeiterkrankungen. Es ist festzuhalten, dass der Fachbereich nach wie vor organisatorisch und personell vor großen Herausforderungen steht.

Im **Sachgebiet ÖPNV** liegt der Schwerpunkt auf den umfangreichen Vergabeverfahren von Verkehrsleistungen. Darüber hinaus sind die vielen neu hinzugekommenen Bundes- und Landesregelungen zu bewältigen. Welche Auswirkungen sich durch die neuen Ticketstrukturen, die Beachtung der Clean-Vehicles-Directive, die Einführung von automatischen Fahrgastzählsystemen u.v.m. für den Landkreis ergeben, ist im Einzelnen noch offen.

Der **Fachbereich Umwelt** weicht leistungsseitig seit dem letzten Jahr negativ vom Plan ab. Wie bereits erläutert können auf Grund des Transformationsprozesses zur digitalen Aktenführung sowie des Personalmangels nicht alle Aufgaben wie vorgesehen erfüllt werden. Für Details wird auf den 1. Zwischenbericht 2024 verwiesen (Vorlage Nr. 118/2024).

Die **Stabsstelle Strukturpolitik & Nachhaltige Mobilität** liegt leistungsseitig im Plan. Im Bereich **Radverkehr** wird für den Radweg K6351 Egringen-Holzen die Vergabe der Lph 3 HOAI (Entwurfsplanung) vorbereitet. Für die Dinkelbergradwege wird das Planfeststellungsverfahren voraussichtlich im 4. Quartal 2024 abgeschlossen. Bei der Radschnellverbindung Wiesental RS7 wird aktuell der Abschlussbericht für die Vorplanung erstellt und die europaweite Vergabe der Entwurfsplanung (Lph 3 ff) vorbereitet. Da die Stelle der Radverkehrsbeauftragten aktuell – zum Zweck der Personalkosteneinsparung – nicht nachbesetzt wird, mussten Radkultur-Aktionen wie die Koordinierung des jährlichen Stadtradelns durch den Landkreis entfallen.

Das Schienenausbauprojekt **„Ausbau und Elektrifizierung der Hochrheinbahn für den Schienenpersonennahverkehr“** befindet sich weiterhin im Zeitplan. Aktuell liegen die Planungsunterlagen zur Entscheidung beim Eisenbahnbundesamt. Bereits im Dezember 2023 wurde der Realisierungsvertrag für die kommenden Lph 5-9 HOAI unterzeichnet. Mit der Umsetzung soll 2025 begonnen werden. Um einen reibungsfreien Bauablauf zu gewährleisten,

wird die Ausführung derzeit mit vorgezogenen Maßnahmen, hauptsächlich im Umweltbereich, vorbereitet.

Auch der **Ausbau der Garten- und Wiesentalbahn** befindet im Zeitplan. Nachdem die Lph 1 HOAI (Grundlagenermittlung) wie vorgesehen abgeschlossen wurde, befindet sich das Projekt aktuell in der Lph 2 HOAI, der Vorplanung. Hierbei werden das Projekt grob durchgeplant und die wesentlichen Eckpunkte definiert. Hinzu kommt der Austausch mit den Behörden, beispielsweise im Bereich Naturschutz, um gemeinsam zielführende Genehmigungsläufe vorzubereiten. Der Abschluss der Vorplanung ist für Ende 2025 vorgesehen.

Die **Stabsstelle Klimaschutz** liegt leistungsseitig im Plan. Inhaltlich kann auf den 1. THH-Zwischenbericht dieses Jahres verwiesen werden.

Marion Dammann
Landrätin

Ulrich Hoehler
Erster Landesbeamter